



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

MI/bz

Polit.Brief Nr.10

KÖLN-Bayenthal, den 3. Mai 1956.

Bayenthalgürtel 15

Telephon: 33031

M. Watzel
2/7.5

an	ZENABR				a/a
Datum	Z.5	Z.5	K.5		12.5
Vise	v	No	v		v
EPD					
Ref. p. A. 21. 31. Köln					

6. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen
Union Deutschlands.

v. 3.2 Ad. Ouerh

Herr Generalsekretär,

Vom 26. bis 29. April 1956 fand in Stuttgart der Bundesparteitag der CDU statt. Anstelle der erwarteten 1000 Personen nahmen etwa 2000 Personen als Delegierte, Vertreter der Presse oder Gäste teil. Diese Tatsache beleuchtet zur Genüge die Bedeutung, welche diesem Parteitag in der Bundesrepublik beigemessen wurde. Er bildet den eigentlichen Auftakt zur nächstjährigen Neuwahl des Bundestages.

Nationalrat Wick

Bei der offiziellen Eröffnung der Tagung sprachen zuerst die Vertreter der befreundeten ausländischen Parteien. Für die Katholischkonservative Volkspartei der Schweiz ergriff Nationalrat Dr. Wick das Wort. Er befasste sich insbesondere mit der Kritik in der Schweiz, welche die "Invasion Adenauers" hervorgerufen habe. Er beteuerte dem Bundeskanzler, dass derartige Stimmen nicht massgeblich seien für die schweizerische Öffentlichkeit und empfahl ihm angelegentlich Luzern oder die Innerschweiz als nächsten Ferienort.

Adenauer

Bundeskanzler Adenauer hielt das erste und bedeutendste Referat. Nach einem Rückblick über die letzten zehn Jahre versicherte er, dass dieselben Grundsätze, die bereits bei der Gründung der Partei vor zehn Jahren galten, die Politik der CDU weiterhin bestimmen würden. Insbesondere feierte er das Zusammenwirken von Vertretern beider Konfessionen. Als vordringliche Zukunftsaufgaben der CDU nannte er eine

Herrn Minister A. Z e h n d e r,
Generalsekretär des Eidgenössischen
Politischen Departements,

B e r n.



straffere Organisation, ein soziales Programm und die Hilfe für den Mittelstand und die geistigen Berufe. Der Bundeskanzler vertrat die Auffassung, dass zuerst eine leistungsfähige Wirtschaft geschaffen werden musste, die ein umfassendes Sozialprogramm tragen könne. Der Mittelstand sei die eigentlich tragende Schicht einer Demokratie, und es müsse ihm mehr als bisher geholfen werden. Vor allem auch die Förderung der geistigen Arbeit liege ihm sehr am Herzen. Auf diesem Gebiet sei die Bundesrepublik in einer bedauernswerten Weise rückständig. Es gäbe auf die Dauer keinen wirtschaftlichen Fortschritt, ohne dass die Wissenschaft auch gepflegt werde. Den jungen Leuten müsse geholfen werden, die heutzutage noch den Mut hätten, sich zur Wissenschaft zu bekennen. Dies gelte nicht nur für die technischen sondern auch für die geistigen Wissenschaften.

Mit der Opposition ging Adenauer scharf ins Gericht. Der Sozialdemokratie warf er eine nihilistische Politik vor. Die freien Demokraten, die vor kurzem zur Opposition übergingen, seien ausschliesslich vom Streben zur Macht um jeden Preis geleitet. Jedes Mittel sei ihnen dazu recht. Als tiefen Schmerz bezeichnete er die Tatsache, dass es nicht gelungen sei, eine gemeinsame Linie der Aussenpolitik zwischen den beiden grossen Parteien der CDU und der SPD herzustellen. Er sei davon überzeugt, dass die Sozialdemokratie die gleiche Politik treiben würde, wenn sie an der Macht wäre.

Adenauer bekräftigte seinen Standpunkt in der Aussenpolitik : Fester Zusammenschluss mit dem Westen und Politik der Stärke gegenüber dem Osten zur Bewahrung der eigenen Freiheit. Die Auffassung der Sozialdemokratie, dass die Bundesrepublik bzw. das wiedervereinigte Deutschland eine eigene Stellung zwischen den beiden grossen Machtblöcken behaupten könnte, sei eine solche Utopie, dass man staunen müsse, dass dem deutschen Volk derartiges vorgesetzt werde. In diesem Zusammenhang gab er übrigens der Hoffnung Ausdruck, dass die Anwesenden öfters die aussenpolitischen Artikel der Neuen Zürcher Zeitung lesen. Dort finde man eine klare und objektive Würdigung der ganzen aussenpolitischen Lage der Welt.

Zur Wiedervereinigung wies er auf die Verpflichtung der vier Siegermächte hin, sie herbeizuführen. Auch Bulganin habe ihm gegenüber diese Verpflichtung während des Moskauer Besuches anerkannt. Die deutsche Sache der UNO zur Entscheidung zu unterbreiten, lehnte Adenauer ab. Er wies auch darauf hin, es sei bei dem Besuch der Sowjetführer in England eindeutig klar geworden, dass die Machthaber des Kreml nicht bereit seien, heute die Wiedervereinigung herbeizuführen. Es wäre für die Bundesrepublik zwecklos, im heutigen Zeitpunkt direkte Verhandlungen mit Moskau darüber anzuknüpfen. Chruschtschow habe zwar in London gesagt, er wäre bereit, mit der Bundesrepublik zu verhandeln, aber erst nach dem Abtreten Adenauers. Dazu führte der Bundeskanzler aus :

"Nun, meine Damen und Herren, mit dem Abtreten, das ist so eine Sache! Solange mir Gott die Frische und die Kraft lässt, hängt es von Ihnen ab, ob Herr Chruschtschow zum Ziele kommt oder nicht."

Die Rede Adenauers klang aus mit einem Bedauern über die Schwächung der westlichen Front und einem Bekenntnis zur bisherigen Europapolitik. Durch einen einstimmigen Beschluss der Bundestagsfraktion CDU/CSU, für die allgemeine Wehrpflicht einzutreten, sei die Front des Westens gestärkt worden. Er endete mit den Worten : "Wir wollen auf aussenpolitischem Gebiet keine Experimente machen, weil diese Experimente das deutsche Volk von neuem in einen Abgrund stossen würden. Wir halten fest an einer Politik der europäischen Integration und an der atlantischen Politik."

Bekämpfung des
Kommunismus

Die zahlreichen weiteren Referate befassten sich zur Hauptsache mit der Bekämpfung des Kommunismus, mit der Sozialreform und mit den Rechenschaftsberichten der Partei. Interessant waren vor allem die Aussprachen, die allerdings durch die grosse Zahl von Delegierten beeinträchtigt waren.

Kontroverse über
die Wiedervereinigung

Aufsehen erregte insbesondere ein dramatisches Redegefecht zwischen dem Bundeskanzler und dem Aussenminister auf der einen und dem Berliner Abgeordneten Dr. Friedensburg auf der andern Seite. Der letztere verlangte eine aktivere

Politik mit Russland, um die Wiedervereinigung zu fördern. Mit grosser Schärfe antworteten der Bundeskanzler und Bundesminister von Brentano, dass gegenwärtig kein Schritt oder gar Verhandlungen in Moskau in Frage kämen.

Wahl des Parteivorstands

Die Spannung am Parteitag erreichte ihren Höhepunkt bei der Abstimmung über eine Neufassung der Parteistatuten. Adenauer hatte nach stundenlangen Auseinandersetzungen im Parteiausschuss erreicht, dass nur zwei gleichberechtigte stellvertretende Parteivorsitzende neben ihm gewählt werden sollten. Die Versammlung der Delegierten jedoch stimmte mit 239 gegen 227 Stimmen einem Antrag der Delegierten Nordrhein-Westfalens auf vier gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende zu. Dies ist nach allgemeiner Auffassung die erste ernste Niederlage, die Adenauer in der Partei einzustecken hat. Mit Einstimmigkeit wurde er aber wieder zum Bundesparteivorsitzenden gewählt. Zu Stellvertretern wurden bestellt : Bundesminister Jakob Kaiser, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, von Hassel, der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, und der Bundestagspräsident, Gerstenmaier.

Beobachtungen

Am Parteitag nahmen zahlreiche ausländische Vertreter als Beobachter teil. Anwesend waren die diplomatischen Missionen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, Schwedens, Norwegens, Irlands, Indiens und andere. Mein Kollege Barazetti wohnte dem Kongress bei und erhielt verschiedene interessante Eindrücke. Während des ganzen Kongresses war spürbar : Adenauer ist zwar unumschränkt als Führer der Partei anerkannt, er hat aber auch mehrere prominente Gegner in den eigenen Reihen. Man vernahm mehrmals, dass die Zusammensetzung des Bundeskabinetts, das ausser den drei Ministern Brentano, Schäffer und Erhard eher farblose Persönlichkeiten aufweise, dem autokratischen Kanzler bei der Durchsetzung seiner Wünsche keine besonderen Schwierigkeiten bereite. Aehnlich hätte es sich wohl verhalten, wenn die oberste Parteispitze mit den zwei wenig starken Persönlichkeiten Jakob Kaiser und von Hassel besetzt worden wäre. Man befürchtet offenbar auch in der Partei, dass eine zunehmende Starrköpfigkeit ihn daran hindere, sich den innen- und aussenpolitischen Gegebenheiten anzupassen,

ja diese überhaupt wahrzunehmen. Bei der erwähnten Kampf-
abstimmung handelte es sich denn auch darum, den ehemaligen
Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, in
den Parteivorsitz zu wählen. Arnold ist bekanntlich eine sehr
profilierete Persönlichkeit, der am linken Flügel der Partei
steht und Adenauer bei der Durchsetzung von wichtigen Entschei-
dungen öfters entgegentreten könnte.

Mehrfach wurde auch darauf hingewiesen, dass die
neuen vier gleichberechtigten Stellvertreter alle einer Koali-
tion mit der SPD nicht abgeneigt wären. Das Unbehagen über die
Adenauersche Politik in der Partei soll zum guten Teil auf seine
angebliche Missachtung der jungen Elemente in der CDU zurückzu-
führen sein. Nach der Abstimmung wurde u.a. auch der Meinung
Ausdruck gegeben, dass dieser Uebelstand durch die neue Partei-
spitze behoben würde.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass
dieser Bundeskongress der mächtigsten Partei eine imposante
Demonstration der Einheit und Geschlossenheit darstellte, wie
sie - wohl zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte -
in Ueberwindung der trennenden Unterschiede von Stand und
Konfession in der Christlich-Demokratischen Union zustande
gekommen ist. Trotz den in Erscheinung getretenen Divergenzen,
die im gesamten gesehen sekundärer Natur sind, erscheint die
Autorität und das Prestige des Parteivorsitzenden Adenauer
als unerschütterter.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, die Ver-
sicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAFTSTRAEGER a.i.

